

Mit zweierlei Maß

Zu: „Einschränkungen für Ungeimpfte“, FR-Regional vom 6.12.

Fassungslos muss ich lesen, dass „bei Gottesdiensten und anderen religiösen Zusammenkünften in Innenräumen ... die Anwendung der 3G-Regeln künftig dringend empfohlen wird“. Warum nicht vorgeschrieben?

In derselben Ausgabe lese ich auf Seite 7 (Corona-Nachrichten): „Treffen sich zwei Personen ohne Maske, dann stecken sich die gesunden wahrscheinlich schon nach wenigen Minuten an – selbst bei drei Meter Abstand“. Ich sehe religiöse ungeimpfte ungetestete Menschen hier in einer privilegierten Position – was soll das? Womit ist das gerechtfertigt? Kann es sein, dass religiöse und spirituell orientierte Menschen, die vermutlich ihrem Gott oder ihrem Glauben mehr vertrauen als der Schulmedizin, als potenzielle Superspreader:innen fahrlässig geschont werden? Warum? Wer schützt sie eigentlich? Sind wir nun ein aufgeklärtes Land oder stecken wir doch noch mit einem Bein im Mittelalter?

Meiner Meinung nach darf da nicht mit zweierlei Maß gemessen werden: In Schulen strenge zwingende Maßnahmen für Kinder und Jugendliche, am Arbeitsplatz und in Gotteshäusern dagegen freiwillige „Empfehlungen“. Haben sich hier die Lobbyisten durchgesetzt? Es würde mir sehr gefallen, wenn die Frankfurter Rundschau an dieser Stelle mal genauer recherchieren würde.

Eine Impfpflicht für die Risikogruppen (Ü50, Ü60 u.a.) finde ich eine gute Idee. Warum sollen Kinder geimpft werden, die selbst kein erhöhtes Risiko haben, schwer zu erkranken? Die Einschätzung von Frau Rostalski vom Deutschen Ethikrat leuchtet mir ein (gleicher Artikel Seite 7). Deshalb hat mir die Nachricht vom 1.12. imponiert, dass in Griechenland Ungeimpfte über 60 Jahre ab 16. Januar 2022 ein monatliches Bußgeld von 100 Euro verpasst bekommen.

Susanne Köhler, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/impfangst-2



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211213

Zumutungen für alle in der vierten Welle

Pandemie: „Schulleitungen beklagen Überlastung“ u. „Viele Clubs werden schließen“, FR-Regional vom 3. u. 2. Dezember

Zusätzlicher Einsatz auf Kosten des Unterrichts

Ich besuche gerade meine Enkel in Frankfurt und kann mir aufgrund deren Berichte ein ungefähres Bild von der Schulsituation machen. Ich vermute, die im Artikel genannten Verhältnisse kann man fast eins zu eins auf andere Städte und Kreise in Deutschland übertragen. Ich sehe, was die Schulleiter und Lehrer aufgrund der Corona-Pandemie zusätzlich leisten müssen. Ich kenne auch das Mantra der Politik: „Mehr und bessere Bildung“. Das kommt in der Öffentlichkeit gut an. Die Realität ist aber eine andere. Überlastete Lehrer und Rektoren, unbesetzte Schulleitungsstellen, fehlendes pädagogisches Personal, gestresste Kinder, ausgefallene Schulstunden. Digitalisierung ist ein Fremdwort. Allein was zusätzlich

aufgrund der Pandemie geleistet werden muss, geht auf Kosten des Unterrichts. Die Lehrer der Grundschulen formen unsere Kinder/Enkelkinder – da sollte doch nichts zu viel sein, um sie in ihrer Aufgabe zu unterstützen!

Ich lebe in Bayern. Dort wurde im Landtag ein Antrag von Grünen, SPD und FDP auf gleichrangige Bezahlung mit den Gymnasiallehrern von der CSU abgelehnt mit dem Argument, dafür sei kein Geld da. So viel zu „mehr und bessere Bildung“. Ich finde es daher perfide, wenn das Staatliche Schulamt die berechtigten Besorgnisse der Schulleiter einfach mit dem Hinweis abfertigt, „dass auch anderen Berufsgruppen höhere Belastungen abverlangt werden“. Diese Bemerkung zeigt deutlich den Stellenwert, der von staatlicher Seite der Bildung zugeordnet wird.

Hartmut Eppel, Wertach

Bärendienst für die Branche

Wenn Clubs und Bars jetzt wieder schließen, da die auferlegten Verschärfungen einer Schließung gleichkommen, kann ich einerseits den Unmut verstehen. Andererseits sollte auch Victor Oswald Realitäten anerkennen. In der Auswertung der von der Luca-App verschickten Warnungen heißt es: 49,1 Prozent betrafen Clubs, 23,2 Prozent betrafen Bars; zusammen sind sie für fast drei Viertel aller Ansteckungen verantwortlich. Das Geschäftsmodell „enges Tanzen in schlecht belüftetem Raum“ ist eben riskoreicher als „Alleine Laufen im Park“. Das ist Fakt, sicher keine böse Absicht. Oswalds Engagement in allen Ehren. Er sollte sich überlegen, ob er seiner Branche nicht einen Bärendienst erweist. Hans Dietmar Jäger, Frankfurt

Kultur in einer elitären Lifestyle-Gesellschaft

Zu: „Rechnungshof rügt Frankfurt“, FR-Regional vom 23. November

Kulturdezernentin Ina Hartwig präsentierte großformatige Hochglanzfotos der vorläufigen Architektenentwürfe für die Nachfolger der Theaterdoppelanlage am Willy-Brandt-Platz. Das neue Schauspielhaus soll am bisherigen Standort gebaut werden, die Oper an der Neuen Mainzer Straße auf dem heutigen Terrain der Stadtparkasse. Dabei regte die Dezernentin die Schaffung einer Kulturmeile zwischen beiden an und plädierte dafür, die neuen Gebäude für zusätzliche Nutzungen, etwa für Buchhandlungen oder Cafés, zu öffnen. Bei Thalia oder Hugendubel etc. wird diese Einladung sicherlich angekommen und richtig verstanden worden sein. Bei den dezentral gelegenen kleineren Buchhandlungen hingegen, die schon lange ums Überleben kämpfen, dürfte die Botschaft eher Unverständnis hervorrufen. Buchkaufhäuser in bester Citylage sowie der Liefer-

dienst Amazon haben stark in die Infrastruktur dieses Segments eingegriffen.

Begeistert werden jene sein, die Schauspiel und Oper für Repräsentationsorte halten, in deren Foyers eine selbsternannte elitäre Kaste öffentlich glänzen kann. Kultur wird von ihr als Wesensausdruck einer Lifestyle-Gesellschaft verstanden, deren hervorstechende Kennzeichen Eindimensionalität, Erwerbstreben und Konsum sind. Eigentlich sollte es die vordringliche Sache des Theaters sein, den Menschen den Spiegel vorzuhalten. Diese Aufgabe ließe sich auch in einer vollständig sanierten Theaterdoppelanlage erfüllen. Doch eine Sanierung war allem Anschein nach von Anfang an unerwünscht. Dafür sorgte der parlamentarische Arm der Immobilienspekulanten, der sich vor allem bei CDU, Grünen und FDP manifestiert. Ich kann mich nicht erinnern, dass die

Stadtverordnetenversammlung sich jemals so ausgesprochen hat wie über das Milliardenprojekt Theaterneubau.

Doch jetzt scheint der Landesrechnungshof den Träumen an Bürgerkaminen ein Ende zu bereiten. Die Stadt habe bereits in Zeiten sprudelnder Einnahmen hohe Defizite angehäuft. Angesichts sinkender Einnahmen wegen Corona stünden auf Jahre hin nur begrenzte Budgets zur Verfügung. Diese Tatsache müsse beim geplanten Neubau der Städtischen Bühnen berücksichtigt werden. Es ist demnach an der Zeit, die technische Funktionalität und Sicherheit der Theaterdoppelanlage zu erhalten und neben der Sanierung der Fundamente in Klimatechnik, Strom- und Wasserleitungen und Energetik zu investieren. Ein weiteres Hinausschieben längst überfälliger Erhaltungsmaßnahmen ist nicht zu verantworten.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Schnell und geschickt

Zu: „Silobad gerettet“, FR-Regional vom 3. Dezember

Liebe FR, bei den ganzen schlechten Nachrichten heutzutage hätte diese positive Supermeldung mal sehr schön richtig groß und fett auf die erste Stadtteilseite gehört: Baudezernentin Weber, Sportdezernent Josef und Bäderchef Zielinski haben schnell und geschickt den Verkauf des Höchster Silobades – das nicht nur ich sehr liebe! – an einen Investor verhindert, obwohl bereits ein Kaufvertrag unterschrieben war! Wozu das vertraglich verankerte Vorkaufsrecht der Stadt doch nützen kann. Richtig cool! Ich danke den dreien und freue mich sehr!

Elisabeth Helfrich, Frankfurt

Jetzt sollten sich die Gemüter erst einmal beruhigen

Dietzenbach: „Club mit 3300 Mitgliedern gescheitert“, FR-Regional vom 25. November

Die Reaktionen auf die gescheiterte Verschmelzung von vier Dietzenbacher Sportvereinen verwundern. Von den Protagonisten wäre ein selbstkritischer Blick auf den angerichteten Scherbenhaufen wünschenswert. Mit dem geplanten Viererbündnis wurde vermutlich eine Deutschland-Premiere gewagt.

Die Wurzeln der vier Traditionsvereine reichen bis in das Jahr 1886 zurück. Für einige Mitglieder sind dabei auch Name und Wappen bedeutsam. Sie deshalb als rückwärtsgewandte Traditionalisten zu kritisieren, wäre töricht. Hierzu zählen nämlich u.a. die „Altvorderen“, die in Vereinen eine wichtige Stütze bilden. Auch sie gilt es bei einer Fusion

mitzunehmen. Weitere handwerkliche Schnitzer: Trotz Kritik wurde beharrlich ein einheitlicher Beitragssatz für alle Mitglieder favorisiert. Übliche Abstufungen für Kinder, Jugendliche und Senioren sollte es im neuen SV Dietzenbach nicht mehr geben. Fraglich bleibt, warum eine bewährte solidarische Beitragsstruktur mutwillig aufgegeben werden sollte. Eintrittsbarrieren für kinderreiche Familien wären die Folgen gewesen. Treue passive Senioren hätte man vergrault.

Es fehlte auch an der gewünschten Transparenz über die Finanzen. Neben anfallenden Grunderwerbsteuern wurde versäumt, weitere nennenswerte Kosten einer Verschmelzung zu

bezeichnen. Erst kurz vor den Abstimmungsterminen konnten Mitglieder die Bilanzen der vier Vereine einzusehen. Die in der Sitzung geäußerten Bedenken über die finanzielle Situation des SC Steinberg hätten nicht aufkommen müssen. Im Vorfeld hätte dargelegt werden können, dass die Vermögensverhältnisse des SC Steinberg im Vergleich sehr solide sind.

Das Gelingen des Projekts hing auch von der Benennung des zukünftigen Vorstandsteams ab. Die ehrenwerte Bereitschaft von Jürgen Rogg, als „Oberhaupt“ der neuen großen Vereinsfamilie zu fungieren, erwies sich nicht als „Zugpferd“. Als ehemaliger Bürgermeister war er

noch zu sehr mit der Parteipolitik verortet. Daneben blieb bis zuletzt die Besetzung des wichtigen Finanzressorts unklar.

Unbestritten hätte die ambitionierte Verschmelzung einige Synergien und Perspektiven eröffnet. Wie dargelegt, ging es aber hier nicht nur um eine rationale Entscheidung. Äußerungen, dass schon im Frühjahr 2022 erneute Abstimmungen in den Mitgliederversammlungen angestrebt werden könnten, sollten schnell vom Tisch. Jetzt sollte selbstkritisch das Geschehene aufgearbeitet werden und alles dran gesetzt werden, dass sich die Gemüter in den vier Vereinsfamilien wieder beruhigen.

Uwe Glaum, Dietzenbach